

Ärger, weil Gemeinde plötzlich Vorkaufsrecht nutzt

Voitze: Junges Paar und Verkäufer hatten schon Vertrag geschlossen - „Wichtige, ortsbildprägende Fläche“

von JÖRG ROHLFS

VOITZE. „Frustriert und zu tiefst enttäuscht“ - so fühlen sich Reinhold und Kirsten Brekardin, die ihr seit 20 Jahren brach liegendes Grundstück an der Hauptstraße von Voitze jetzt an Isabel Kniege und Steffen Broge verkaufen wollten. Doch der Deal platzte, weil die Gemeinde Tülau „nun plötzlich doch“ von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen will, um Projekte zur Dorfentwicklung dort umzusetzen. „Das ist unlauteres Verhalten“, so die Brekardins.

Auch Kniege (27) und Broge (26) sind bedient. Seit Oktober 2019 hätten „fünf Ge spräche“ mit dem Bürgermeister stattgefunden im Zusammenhang mit dem Erwerb des fast 7000 Quadratmeter großen Grundstücks. Es sei ihnen dabei zwar auch mitgeteilt worden, dass es „Ideen“ für den Bereich gibt, gleichzeitig aber auch, dass es „keine konkrete Planung, keinen Investor und keine Förderung“ dafür gebe. „Wir haben uns ermutigt gefühlt, unsere Lebensplanung weiter voran zu treiben“, so Isabel Kniege. Neben einer Wohnnutzung

war auch eine landwirtschaft liche vorgesehen.

Gemeinsam mit ihrer Familie kümmerten sich Kniege und Broge um die Finanzierung. Mit den Eigentümern war man sich bereits einig geworden. „Zu einem Spottpreis. Wir wollen den jungen Leuten helfen“, wie Reinhold Brekardin betont, der 2018 der Gemeinde das Grundstück bereits einmal zum Kauf angeboten hatte, nachdem ein anderer Interessent abgesprungen war. Auch ihm sei gesagt worden, dass man sich an der zentralen Stelle im Ort „auch andere Sachen“ vorstellen könnte. Aber nichts konkret.

„Seitdem habe er nie wieder etwas von dieser Seite gehört: „Mit uns hat keiner das Gespräch gesucht.“ Das letzte Gespräch, dass aus dem Ort stammende junge Paar mit dem Bürgermeister führte, habe im Februar stattgefunden - ohne Neuigkeiten zu erbringen. Auch auf die Mitteilung an die Gemeinde, dass man sich auf einen Kaufpreis geeinigt habe, sei keine Reaktion erfolgt. Also wurde ein notarieller Kaufvertrag geschlossen - und zwei Monate danach, „kurz vor Ablauf der Frist“, habe die Gemeinde ihr Veto eingelegt und wolle nun vom

gesetzlich verbrieften Vorkaufsrecht Gebrauch machen. „Und zwar zu den günstigen Konditionen, die in unserem Vertrag stehen“, ist Brekardin entrüstet und unterstellt gar „gezieltes Ver halten“ seitens der Gemeinde. „Menschlich auf jeden Fall eine Katastrophe, so geht man nicht miteinander um“, sagt Kniege. Bürgermeister Martin Zenk berichtete davon, dass an dieser exponierten Stelle „generationsübergreifendes Wohnen“ ebenso vorstellbar sei wie „eine Verkaufsstelle für regionale Produkte“, gegebenenfalls mit angeschlossener Gastwirtschaft, oder auch etwas in Verbindung mit dem kommenden Unesco-Biosphärenreservat im benachbarten Drömling. Ziel sei sowohl eine „langfristige Attraktivitätssteigerung“ des Bereichs als auch „ein Beitrag zur Grundversorgung“ in der Gemeinde. Bei zwei Ent hältungen stimmte der Rat dafür, die Sache anzugehen, eine nötige B-Plännung vorzubereiten und einen „städtedau lichen Entwicklungsbereich“ auszuweisen.

„Seitdem habe er nie wieder etwas von dieser Seite gehört: „Mit uns hat keiner das Gespräch gesucht.“

Das letzte Gespräch, dass aus dem Ort stammende junge Paar mit dem Bürgermeister führte, habe im Februar stattgefunden - ohne Neuigkeiten zu erbringen. Auch auf die Mitteilung an die Gemeinde, dass man sich auf einen Kaufpreis geeinigt habe, sei keine Reaktion erfolgt. Also wurde ein notarieller Kaufvertrag geschlossen - und zwei Monate danach, „kurz vor Ablauf der Frist“, habe die Gemeinde ihr Veto eingelegt und wolle nun vom

gesetzlich verbrieften Vorkaufsrecht Gebrauch machen. „Und zwar zu den günstigen Konditionen, die in unserem Vertrag stehen“, ist Brekardin entrüstet und unterstellt gar „gezieltes Ver halten“ seitens der Gemeinde. „Menschlich auf jeden Fall eine Katastrophe, so geht man nicht miteinander um“, sagt Kniege.

Bürgermeister Martin Zenk berichtete davon, dass an dieser exponierten Stelle „generationsübergreifendes Wohnen“ ebenso vorstellbar sei wie „eine Verkaufsstelle für regionale Produkte“, gegebenenfalls mit angeschlossener Gastwirtschaft, oder auch etwas in Verbindung mit dem kommenden Unesco-Biosphärenreservat im benachbarten Drömling. Ziel sei sowohl eine „langfristige Attraktivitätssteigerung“ des Bereichs als auch „ein Beitrag zur Grundversorgung“ in der Gemeinde. Bei zwei Ent hältungen stimmte der Rat dafür, die Sache anzugehen, eine nötige B-Plännung vorzubereiten und einen „städtedau lichen Entwicklungsbereich“ auszuweisen.

Verkaufsstelle für regionale Produkte?



Um diese Fläche geht es: Die Gemeinde will trotz eines privaten Kaufvertrags von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen. Foto: JÖRG ROHLFS